D-04//01 Dringlichkeitsantrag: Verantwortung in dieser Zeit

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

# Änderungsantrag zu D-04

Von Zeile 1 bis 3:
Mit dem Koalitionsausschuss am 6. November ist die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ~~frühzeitig an ihr Ende gelangt~~seitens des Kanzlers Scholz aufgrund massiver Provokationen der FDP bzw. des Finanzministers Lindner beendet worden. Nun stellt sich unser Land auf Neuwahlen ein.

## Rückblick

Bündnis 90/Die Grünen waren nach der Bundestagswahl 2021 bereit, Verantwortung auch in einer neuen und absehbar schwierigen Konstellation zu übernehmen. Diese Koalition war von Anfang an ein Bündnis mit sehr unterschiedlichen Weltanschauungen. Sie hat aber in den letzten knapp drei Jahren immerhin teilweise gemeinsame Projekte umsetzen können. Es wäre auch jetzt möglich gewesen, Lösungen zu finden. Unsere Mitglieder in der Regierung, in der Fraktion und im Bundesvorstand haben bis zum Schluss konstruktive Vorschläge gemacht, wie man die Lücke des Haushaltsentwurfs realistisch schließen kann, ohne den Klimaschutz, den sozialen Zusammenhalt, die Wirtschaft oder die Sicherheit und Freiheit in Europa zu gefährden. Wir waren dazu bereit, zum x-ten Mal in dieser Koalition über den eigenen Schatten zu springen. Andere waren das nicht.
Die letzten drei Jahre waren geprägt von extrem herausfordernden Umständen, insbesondere in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine:

- die Bewältigung der Energiekrise,
- der Einsatz für Freiheit und Frieden mit der notwendigen Unterstützung der Ukraine und
- ein Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik.

All das hat diese Koalition genauso gefordert wie unsere Gesellschaft. Für uns als Teil einer Regierung hieß das, in kurzer Zeit sehr weitreichende Entscheidungen zu treffen. Dazu gehörten Kompromisse, die auch an unsere Schmerzgrenzen gingen – die wir aber eingegangen sind aus Verantwortung für das ganze Land.

## Was wir erreicht haben in drei Jahren …

Wir haben in den drei Jahren Regierungsbeteiligung einen Teil unserer Ziele erreicht, für die wir zuvor lange gekämpft haben. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt im Rekordtempo. Unser Strom wird sauber und immer günstiger. Beim Klimaschutz mussten wir jedoch – trotz Erfolge wie dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz – vor allem im Verkehrs- und Gebäudebereich schwere Rückschläge hinnehmen. Dennoch bestand die Möglichkeit, erstmals die Klimaziele 2030 zu erreichen. An anderen Stellen mussten wir unsere Ziele im Naturschutz unter dem Druck der Koalitionspartner zurückschrauben.
Teilweise ist es uns gelungen, mit Reformen für mehr wirtschaftliche Dynamik zu sorgen: Planungsbeschleunigung und Bürokratieabbau, Fachkräftezuwanderung und Förderung von Beschäftigung, Verbesserungen für Start-Ups und Modernisierung der Industrie.
Wir haben unser Land sozial gerechter gemacht: Startchancenprogramm an Schulen in unserem Land,

die größte BAFöG-Reform der letzten Jahrzehnten, ein höherer Mindestlohn, eine Reform des Bürgergeldes und nicht zuletzt das 49-Euro-Ticket.
Wir haben das Land liberaler gemacht: Selbstbestimmungsgesetz, Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, modernes Einwanderungsgesetz und Reform des Paragraphen 219a (Information beim Abbruch von Schwangerschaften).
Wir haben versucht in diesen drei Jahren nachzuholen, was in Deutschland teils über Jahrzehnte versäumt wurde, es ist uns nur teilweise gelungen.

## ... und was wir nicht erreichen konnten

Unser Land steckt seit zwei Jahren in einer strukturell bedingten Rezession. Gründe sind die vormals hohe Abhängigkeit von russischer Energie, ausgesessene, aber dringend nötige Reformen sowie ein jahrzehntelanger Investitionsstau bei der Infrastruktur und Digitalisierung. Wir brauchen dringend eine bessere Vereinbarung von Familie und Arbeit, bessere Bildung, mehr Arbeitskräfte durch Qualifizierung und Zuwanderung. Das erfordert den Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung und Vereinfachung von Prozessen, aber ohne dabei den Natur- und Klimaschutz oder grundlegende Rechte der Menschen zu schleifen. Wir brauchen eine langfristig sichere und günstige Energieversorgung.

## Was wir erreichen müssen: Klimaschutz!

Uns ist klar, wie fatal es wäre, wenn Deutschland und Europa nun ihre Anstrengungen beim Klimaschutz noch weiter reduzieren würden. Die klimatische Realität, der Schutz von Leben und Eigentum und unsere Verantwortung für alle Menschen in Gebieten, die vom Klimawandel noch wesentlich stärker betroffen sind als wir, erfordern das Gegenteil. Zumal sich mit der Wahl von Donald Trump die USA erneut vom Klimaschutz abwenden.
Die Realität zeigt, dass die Klimakrise bereits jetzt dramatische Auswirkungen hat und unverzügliches, entschiedenes Handeln erforderlich ist, wenn wir die Folgen noch beherrschbar halten wollen. Das 1,5°-Ziel des Pariser Abkommens ist bereits gerissen und wir wissen alle, dass selbst eine sofort umgesetzte radikale Reduzierungen der Treibhausgasemissionen den weiteren Anstieg nur mit großer Verzögerung stoppen und auf einem kritischen Niveau stabilisieren werden. Unser Ziel ist es, unseren Enkeln eine Welt zu hinterlassen, in der das Leben nach wie vor lebenswert ist. Nicht eine Welt, die von immer weiter zunehmenden Klimakriegen wie aktuell schon im Sudan erschüttert wird und in der Millionen Flüchtlinge an den Mauern der „Festung Europa“ gewaltsam abgewiesen werden. Deshalb lassen wir in unseren Anstrengungen nicht nach.

## Was wir erreichen wollen

Wir wollen dem Land für die nächsten Jahre signalisieren und deutlich machen, dass wir die kritische Lage erkennen und Lösungen anbieten:

- Wir wollen Investitionen in den Klimaschutz zum Motor von Innovation und guten Jobs machen.
- Wir wollen den Kurs beim Klimaschutz auf eine wissenschaftliche Basis stellen und wieder auf die Ziele des Pariser Abkommens lenken.
- Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land schaffen, damit das Leben bezahlbar ist.
- Wir wollen die Freiheit und die Würde aller Menschen in unserem Land schützen und den Frieden wieder herstellen und sichern, nicht mit immer mehr Krieg und Konfrontation, sondern mit Diplomatie und Schutz aller Bedrohten.
- Wir wollen Umwelt- und Naturschutz als Basis für gesundes Leben im Einklang mit den planetaren Grenzen gestalten
- Wir wollen erreichen, dass alle Kinder mit dem Selbstverständnis aufwachsen können, dass sie dieselben Chancen und Rechte im Leben haben wie ihre Freunde.

Wir wollen dafür stehen, dass in diesem Land jede Person selbst ihren Lebensweg, ihre Träume und ihre Identität bestimmen kann, dass jeder Mensch ohne Diskriminierung lebt und liebt. Dabei sind die Grenzen immer die Freiheit der anderen und unser Grundgesetz.
Handeln mit Gemeinsinn, Mut und Zuversicht soll unsere Devise sein.

## Wie wir unsere Ziele angehen

Wir werben entschieden für eine Stärkung von öffentlichen und privaten Investitionen. Nur als Land mit einer innovativen Industrie, gut ausgebildeten Arbeitnehmer*innen, einer guten Bildung und einem gut ausgestatteten, funktionierenden Sozialwesen kann sich Deutschland den Herausforderungen stellen.
Eine soziale Teilhabe der Bürger*innen an den Gewinnen der Industrie und der Inhaber*innen großer Vermögen schafft die Voraussetzung für den demokratischen Zusammenhalt.
Mit dem Mut zu notwendigen Reformen, Bürgernähe und Gerechtigkeit wollen wir unsere Demokratie stärken, um in den Krisen dieser Zeit zu bestehen. Wir wollen Antworten darauf geben, wie Wohnen und Mobilität bezahlbar bleiben bzw. wieder bezahlbar werden, wie das Bildungssystem wieder besser funktioniert, wie die Arbeitsplätze sicher bleiben.
Dafür steht der erste Satz in unserem grünen Grundsatzprogramm: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Freiheit und seiner Würde“.

## Aus Fehlern lernen

Wir nehmen die tiefen Verlusterfahrungen von Corona, Inflation, materiellen Sorgen um Arbeitsplatz und Wohnraum sowie die Ängste vor Terror und Krieg ernst.
Unsere Gesellschaft droht durch die Fehler der Politik in den letzten Jahren – auch unsere – den Zusammenhalt zu verlieren. Wir werden uns der wieder wachsenden Ungleichheit entgegenstemmen.
Wir akzeptieren nicht länger, dass gleichzeitig die Vermögen der einen steigen und die anderen immer häufiger und tiefer in die Schulden gezwungen oder unverschuldet aus ihrem bisherigen Leben herausgerissen werden, sei es durch Wohnungsverlust, unverschuldete Arbeitslosigkeit oder Krankheit.

Wir akzeptieren nicht länger, dass die Chancen von Kindern und Jugendlichen, ihre Träume und Ziele zu verwirklichen, geringer sind als vor 30 Jahren.

## Zuwanderung als Gewinn, nicht als Gefahr sehen

Unser Land wurde schon immer durch Zuwanderung geprägt. Die Vielfalt der älteren Generationen aus „aller Herren Ländern" ist ein Reichtum unserer Gesellschaft. Wir waren bisher die Partei, die sich konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt und für ein modernes Einwanderungsland steht. Das müssen wir, anders als zuletzt, wieder deutlich erkennbar machen.

## Ohne Frieden ist alles nichts

Freiheit und Würde bleiben das Ziel unserer Friedenspolitik mit Blick auf die Ukraine und die anderen Staaten Osteuropas. Die Souveränität Europas als Union gegenüber den Bedrohungen durch Autokratien von außen wie von innen erfordert:

- eine glaubwürdige, von den Bürger*innen akzeptierte und anerkannte Politik,
- kein abgehobenes, unverständliches und nicht nachvollziehbares leeres Politsprech in Brüssel und in den Parlamenten,
- keine Worthülsen als Pseudoversprechen in Landes-Koalitionsverträgen
- und kein Handeln an den erkennbaren Interessen der großen Mehrheit der Menschen vorbei.

Spätestens die Wiederwahl von Donald Trump fordert die Stärkung der Souveränität Europas. Die Politik, die zuletzt im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutz sowie der inneren Sicherheit eingeleitet wurde, muss fortgeführt und verstärkt werden. Im militärischen Bereich muss neu gedacht und gehandelt werden. Immer mehr Rüstung und immer höhere Staatsausgaben für Waffen – bei explodierenden Aktienkursen der Rüstungskonzerne – lösen keine Probleme, bringen keine Sicherheit und sind nur machbar auf Kosten der Ärmsten der Gesellschaft. Wir müssen stattdessen viel mehr unser diplomatisches, entwicklungs- und handelspolitisches Engagement erhöhen.

## Den Reiz der Populisten und Autokraten brechen

Der Zulauf zu Populisten und Autokraten bei demokratischen Wahlen – jüngstes Beispiel Trump – hat unter anderem seine Gründe in der Enttäuschung der Menschen über die praktizierte Politik der sog. „etablierten" Parteien und in den mangelnden Möglichkeiten, ohne Parteimitgliedschaft Politik mitzugestalten.
Auch müssen wir als Bündnis 90/Die Grünen die europäische Souveränität und Verantwortung stärken. Es ist im höchsten deutschen Interesse, dass Europas Einigung weiter geht, dass ein vereintes Europa gemeinsam in seine Zukunft investiert. Nur ein starkes Europa wird in der Welt gehört und kann seine Interessen zum Wohle seiner Bürger*innen und Unternehmen durchsetzen.

## Demokratie stärken, Populismus beenden

Auch wenn die Handlungsfähigkeit im europäischen Bündnis gegenüber unseren globalen Partnern und Bedrohungen gestärkt werden muss, kann das nicht unter Aufgabe des Rechts und der Menschlichkeit oder des Klima- und Umweltschutzes geschehen. Jedes Zugeständnis hier führt zu negativen Folgen in

den kommenden Jahrzehnten. Der Versuch, mit rechten Parolen und Gesetzesvorlagen den Rechtsradikalen Stimmen abzujagen, hat noch nie funktioniert. Die Wähler*innen wählen dann das Original.
Wir sind bereit, mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und demokratischen Parteien (auch in Regierungsbündnissen) zusammenzuarbeiten, um Kräfte zu bündeln und unser Land in Freiheit voranzubringen. Mit diesem Selbstverständnis gehen wir in den bevorstehenden, kurzen Wahlkampf.

## Der schnelle Weg zum Wahlprogramm und damit zum Erfolg

Mit der breiten Unterstützung aller Mitglieder soll noch in diesem Jahr einen Entwurf für ein zielorientiertes, aber auch umsetzbares Wahlprogramm vorgelegt werden.
Der Wahlkampf ist eine Chance, zu zeigen, was in uns steckt. Keine Partei hat so engagierte Mitglieder wie wir. Jeden Tag werden wir mehr und selten war das Bewusstsein der Menschen für die Herausforderungen dieser Zeit so klar. Nutzen wir das Engagement der Menschen für die Zukunft unseres Landes.
Dieser Beschluss ist Ausdruck des gemeinsamen Verständnisses der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen.

Anmerkung/Hinweis: Dieser Antrag ist eine Globalalternative und ersetzt den gesamten Text.

## Begründung

Der ursprüngliche Antrag betont Erfolge übermäßig stark, beschönigt aber unserer Misserfolge und verharmlost die Probleme in der Ampel. Damit werden wir unsere Wähler*innen nicht zurück gewinnen, im Gegenteil!

Viele Formulierungen klingen, als seien wir nicht in den letzten drei Jahren an der Regierung beteiligt gewesen. Diese Täuschung werden die Wähler*innen erkennen und sich verstimmt abwenden.

Auch wurden die vielen Politsprechphrasen – mit denen die Bürger*innen eh nichts anfangen können, die im Gegenteil eher abschrecken und verärgern – gestrichen.

Letztlich wurde der letzte Absatz gemäß einer Beschlussvorlage umformuliert.

## weitere Antragsteller*innen

Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Birgitta Tremel (KV Schwerin); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Bernadette Eisenbart (KV Vogelsberg); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); María Máñez (KV Harburg-Land); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Martin Pilgram (KV Starnberg); Catherine Lodge (KV München); sowie 46 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.